

INTERNATIONAL

**EU-Kommissarin will auf Energiemärkten durchgreifen**

BRÜSSEL – EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes will auf den Energiemärkten der gesamten Union konsequent durchgreifen. Sie sieht sich durch das Urteil der Luxemburger EU-Richter bestätigt, wonach die EU-Kommission zu Recht eine grosse Energie-Fusion in Portugal blockiert hat. «Das Urteil wird auch auf die Übernahme des Gasgeschäfts der ungarischen Mol durch E.ON angewendet werden», sagte Kroes gestern in Brüssel. Die Kommission hat zahlreiche Bedenken gegen den Einstieg des Düsseldorfer Konzerns in Ungarn. Sie muss bis zum 29. November entscheiden, ob sie grünes oder rotes Licht gibt. (sda)

**AgfaPhoto muss noch mehr Arbeitsplätze abbauen**

LEVERKUSEN – Der insolvente Filmhersteller AgfaPhoto muss angeblich noch mehr Arbeitsplätze abbauen als bislang bekannt. Nach Informationen der «Financial Times Deutschland» können bei dem Konzern langfristig wohl nur rund 500 der zuletzt 1800 Arbeitsplätze erhalten werden, 350 weniger als bislang erhofft. Ein Sprecher des Insolvenzverwalters bezeichnete den Zeitungsbericht allerdings als Spekulation. Derzeit werde ernsthaft mit zwei Investoren verhandelt, die am gesamten Unternehmen Interesse hätten. «Wir sind mitten im Verhandlungsprozess. Was da rauskommt, kann man derzeit nicht sagen», sagte der Sprecher. Die Gespräche sollen möglichst bis Mitte Oktober abgeschlossen sein. (AP)

**Stellenabbau bei Mercedes wird konkreter**



STUTTGART – Der Personalabbau bei DaimlerChrysler in Deutschland nimmt konkrete Gestalt an. Der Autobauer will offenbar bei der Mercedes Car Group noch im laufenden Jahr mit Hilfe

eines Abfindungsprogramms<sup>9</sup> mit dem Stellenabbau beginnen, wie am Mittwoch aus mit der Sache vertrauten Kreisen verlautete. Eine Sprecherin des Gesamtbetriebsrats sagte in Sindelfingen, das Unternehmen habe der Arbeitnehmervertretung bislang noch keine Zahl genannt. Ausserdem verwies sie auf die mit der Konzernführung vereinbarte Beschäftigungssicherung, nach der bis zum Jahr 2012 betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen seien. (AP)

**Morgan Stanley erleidet Gewinneinbruch**

NEW YORK – Die US-Investmentbank Morgan Stanley hat im dritten Quartal einen Gewinneinbruch erlitten. Grund dafür sind

eine Sonderbelastung sowie höheren Kosten für Abfindungen. Ohne die Sonderbelastung stiegen die Einnahmen aber unerwartet stark an. (sda)

**Salomon-Verkauf verzögert sich**

MÜNCHEN – Der Verkauf der Adidas-Wintersportmarke Salomon an die finnische Amer-Gruppe verzögert sich bis Mitte Oktober. Ein veränderter Zeitplan der EU-Kartellbehörde führe zu der Verzögerung der Transaktion, die eigentlich Ende September abgeschlossen werden sollte, teilte Adidas am Mittwoch mit. Auf den Kaufpreis habe die Verzögerung keinen Einfluss. Adidas hatte im Mai bekannt gegeben, sich nach acht Jahren

wieder von der französischen Salomon-Gruppe trennen und damit komplett aus dem Wintersportgeschäft zurückziehen zu wollen. Amer Sports, die vor allem im Ski- und Tennissport präsent ist, will 485 Millionen Euro für Salomon zahlen. (sda)

**UniCredit und HVB melden Fusion an**

BRÜSSEL – Die italienische Grossbank UniCredit und die HypoVereinsbank haben ihre geplante Fusion bei der EU-Wettbewerbsbehörde angemeldet. Eine erste Entscheidung werde am 18. Oktober getroffen, teilte die EU-Kommission gestern mit. Die erste Untersuchung der Fusion dauert vier Wochen. (sda)

LAFV-GASTBEITRAG

**Umstrittenes Bankkundengeheimnis**

Gastbeitrag von Dr. Daniel F. Kohler, Bank Frey & Co. AG

Schweizer Banken sind bekannt für Sicherheit, Diskretion und Professionalität. Ein Eckpfeiler des Schweizer Bankgeschäfts war seit jeher das Bankkundengeheimnis. Dieses verleiht dem Glauben Ausdruck, dass es legitime Gründe gibt, die Privatsphäre von Kunden zu schützen. So wären z.B. wohlhabende Personen aus Südamerika unter Umständen einem Sicherheitsrisiko ausgesetzt, würden ihre Vermögensverhältnisse publik. Entführungen und Lösegeldforderungen sind in einer Anzahl lateinamerikanischer Staaten ein veritabler Geschäftszweig und traurige Realität.

Gemäss unseren Erfahrungen spielt beim Kundenwunsch nach Schutz der Privatsphäre das Motiv der Steuerumgehung eine stark untergeordnete Rolle. Geld an den Steuerbehörden vorbeizuschleusen, ist ohnehin eine ausserordentlich kurzsichtige Strategie. Es ist zwar relativ einfach, Geld vor dem Steuervogt zu verstecken, dafür um so komplizierter, dieses später wieder ohne Steuer- und andere Folgen verwenden zu können. Ausserdem geht der erwirkte Steuervorteil nicht selten durch Opportunitätskosten verloren.

Durch Neutralität, politische Stabilität, Liberalismus und den Respekt gegenüber der Privatsphäre des Einzelnen erlangte die Schweiz den Ruf und Status als sicherer Hafen. Dies und die hohe Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte führten dazu, dass der Schweizer Finanzplatz eine führende Rolle in der Welt erlangte. In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts kam das Bankkundengeheimnis jedoch zunehmend von aussen unter Druck.

Erstens drängte eine Anzahl ausländischer Regierungen darauf, dass die Schweiz die alte Tradition des Bankkundengeheimnisses abschafft. Mit weit überzogenen Schätzungen wurden Schweizer Banken angeschuldigt, Schwarzgeld vor ausländischen Steuerbehörden zu verstecken und sich dadurch einen unfairen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen. Die Motivation hierzu dürfte aber primär darin liegen, die Schuld für ausufernde Staatsdefizite und unkontrolliertes Ausgabengebahren auf «unmoralische Individuen» abzuwälzen. Zweitens gerieten die Schweizer Banken in den Verdacht, Geld kriminellen Ursprungs zu waschen und sahen sich zudem drittens kürzlich mit dem Vorwurf konfrontiert,

bei der Abwicklung von Geldtransfers zur Finanzierung von Terrornetzwerken eine Rolle zu spielen.

Die als Reaktion auf diese Angriffe eingeleiteten Massnahmen sind mannigfaltig und erweisen sich bisher als erfolgreich. Schweizer Banken legen ihren Kunden seit geraumer Zeit nahe, anwendbare Steuergesetze einzuhalten. Daneben wurden strikte Vorschriften erlassen, welche die Banken dazu verpflichten, den Kunden sowie die Herkunft der ihr anvertrauten Vermögenswerte genau zu kennen und alle Transaktionen auf Unregelmässigkeiten zu prüfen. Der Finanzplatz Schweiz verfügt über weltweit führende Bestimmungen und Kontrollmechanismen, um zu vermeiden, dass strafrechtlich relevanten Tätigkeiten Vorschub geleistet wird. Ausserdem wurden mit ausländischen Staaten Lösungen erarbeitet, die es ermöglichen, die Vorwürfe gegenüber dem Finanzplatz als Fluchttort für Schwarzgelder zu beseitigen und gleichzeitig das Bankkundengeheimnis beizubehalten.

Kein Schutz ist indes vollkommen. Während das Bankkundengeheimnis in der Schweiz sehr ernst genommen und Verstösse dagegen strafrechtlich verfolgt werden, kann dieses nicht auf das Ausland ausgedehnt werden. Geben nachlässige oder verärgerte Mitarbeiter von Schweizer Banken im Ausland also geheime Kundendaten preis, so haben diese unter Umständen mit ungleich weniger drastischen Konsequenzen zu rechnen. Die elektroni-

sche Abwicklung von Transaktionen stellt ein weiteres Risiko dar. Bei grossen Instituten verfügt ein ausgedehnter Kreis von Mitarbeitern an verschiedenen Orten der Welt über Zugang zu Kundeninformationen. Damit besteht die Gefahr, dass irrtümlicherweise auch unbefugte Personen Zugriff zu diesen Informationen erhalten, oder aber, dass weltweit Niederlassungen verbindende Datennetze angezapft werden. Schliesslich müssen global operierende Finanzdienstleistungskonzerne auf einer Vielzahl von Märkten präsent sein und sind deshalb auf lokale Lizenzen angewiesen. Wollen diese Lizenzen behalten werden, ist man auf die Kooperation mit den jeweiligen Behörden angewiesen, wodurch Letztere über ein nicht zu unterschätzendes Druckmittel verfügen.

Wir sind der Überzeugung, dass Schweizer Banken noch immer bei weitem den besten Schutz der Privatsphäre ihrer Kunden garantieren. Dennoch gibt es ein paar Risiken, deren man sich bewusst sein sollte, die aber mit der Wahl des Finanzinstitutes minimiert werden

können. Die Bank Frey & Co. AG ist eng verbunden mit einer der führenden Anwaltskanzleien der Schweiz und fühlt sich dazu verpflichtet, die Privatsphäre ihrer Kunden zu wahren und nötigenfalls entschlossen zu verteidigen. Zudem hat die Bank Frey keine Niederlassungen im Ausland, identifizierende Kundeninformationen werden auf einem speziellen Server gespeichert und sind nur einem stark eingeschränkten Personenkreis zugänglich. Dadurch ist die Bank Frey gut gegen oben erwähnte Risiken geschützt. Und da Kundenvermögen von der Bankbilanz strikt getrennt werden, sind diese bei kleineren, aber persönlicheren Instituten wie bei der Bank Frey ebenso sicher aufgehoben wie bei einer Grossbank.

Verfasser: Dr. Daniel F. Kohler, Chief Investment Officer, Bank Frey & Co. AG, Stockerstrasse 23, 8039 Zürich. www.bank-frey.com.

Die alleinige inhaltliche Verantwortung für diesen Beitrag liegt beim Verfasser.

ANZEIGE

**Sarasin Investmentfonds**  
Tel. +41 61 277 77 37  
www.sarasin.ch

Kurse per 20. September 2005

Strategiefonds	Valor-Nr.	Währung	NAV
Sarasin GlobalSar (CHF)	174'906	CHF	353.27
Sarasin GlobalSar (EUR)	377'951	EUR	239.85
Sarasin Gl. Optima (EUR) - B	1'920'019	EUR	109.70
Sarasin OekoSar Portfolio	174'851	EUR	144.95
Sarasin Global Return (EUR)	456'282	EUR	122.12
SaraFlex (CH-Fonds)	985'096	CHF	100.99
Obligationenfonds			
Sarasin BondSar Euro	997'334	EUR	110.96
Sarasin BondSar Swiss Franc	1'160'633	CHF	163.87
Sarasin BondSar US Dollar	1'160'636	USD	101.18
Sarasin BondSar US Dollar Opp.	1'160'642	USD	100.63
Sarasin BondSar World	618'792	EUR	142.99
Sarasin Sustainable Bond Euro	1'530'998	EUR	107.62
Sarasin Dutch Bonds	1'976'497	EUR	31.43
SaraBond (CH-Fonds)	67'388	CHF	306.91
Aktiefonds			
Sarasin BlueChipSar -A	456'289	EUR	124.41
Sarasin BlueChipSar -B	1'927'777	EUR	124.41
Sarasin EmergingSar	456'294	USD	213.58
Sarasin EmergingSar-Asia	652'994	USD	175.16
Sarasin EquiSar	906'846	EUR	114.54
Sarasin EuropeSar	174'923	EUR	68.07
Sarasin HealthSar	1'289'779	EUR	80.45
Sarasin TecSar	377'954	EUR	101.97
Sarasin ValueSar Equity	720'685	EUR	98.05
Sarasin InnovationSar	1'002'595	EUR	62.23
Sarasin Dutch Equity	1'976'506	EUR	38.14
Sarasin Real Estate Eq. (EUR) -A	1'920'021	EUR	118.64
Sarasin Real Estate Eq. (EUR) -B	1'920'022	EUR	118.64
SaraSelect (CH-Fonds)	123'406	CHF	590.00
SaraSwiss (CH-Fonds)	163'070	CHF	578.04

**ANZEIGE**

**BN & Partner Renten EUR**

Obligationenfonds  
Preis vom 20.9.2005  
Inventarwert\* EUR 56.05  
\*+ Ausgabekommission

Zahlstelle in Liechtenstein  
LGT Bank in Liechtenstein  
Herrengasse 12  
FL-9490 Vaduz

**ANZEIGE**

**PanAlpina Sicav**  
Alpina V

Preise vom 21. September 2005

**Kategorie A (thesaurierend)**  
Ausgabepreis: € 64.90  
Rücknahmepreis: € 63.61

**Kategorie B (auschüttend)**  
Ausgabepreis: € 63.00  
Rücknahmepreis: € 61.81

Zahlstelle in Liechtenstein:  
Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG  
Auetrasse 61, Postfach, FL-9490 Vaduz

**ANZEIGE**

**VOLKSBANK**  
Vaduz

Zahlstelle in Liechtenstein  
Feldkircherstr. 2 • FL-9494 Schaan  
Tel. +423/239 04 04 • www.volksbank.li

hp  
invent

**EU nicht keine Kompetenz zur Verhinderung von Stellenabbau**

BRÜSSEL – Die EU-Kommission will sich nicht in den Streit zwischen der französischen Regierung und Hewlett-Packard über den geplanten Stellenabbau bei Computer-Hersteller einschalten. «Es liegt nicht in der Kompetenz der Kommission, einen Stellenabbau bei Hewlett-Packard zu verhindern», erklärte Behördenchef José Manuel Barroso gestern in Brüssel. Die EU sei sich aber bewusst, dass die Ankündigung des Konzerns einen destabilisierenden Effekt auf die betroffenen Regionen haben könne.

Zugleich bestätigte die Kommission, in der Sache ein Schreiben der französischen Regierung erhalten zu haben. Staatspräsident Jacques Chirac hatte am Dienstag angekündigt, die EU-Kommission in dem Fall einzuschalten und dies mit der Tragweite des Plans für ganz Europa begründet. Hewlett-Packard hat angekündigt, europaweit 6000 Stellen abzubauen, davon 1240 in Frankreich. In Deutschland sollen nach Planaussagen aus der letzten Woche 1500 Arbeitsplätze sozialverträglich abgebaut werden. Barroso ermahnte Hewlett-Packard, sich bei den angekündigten Stellenabbau an die entsprechenden nationalen und europäischen Regelungen halten zu lassen. (AP)